



das wochennd

Menschen kämpfen für ein Tierasyl

# neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 27./28. April 2013

68. Jahrgang/Nr. 98 • Berlinausgabe 1,90 €

## Venezuelas Wahl wird angefochten

Opposition akzeptiert Niederlage nicht

Caracas (AFP/nd). Der bei der Präsidentenwahl in Venezuela unterlegene Oppositionskandidat Henrique Capriles hat angekündigt, das Ergebnis der Abstimmung offiziell anzufechten. »Wir werden die Wahlen gestützt auf alle Beweise anfechten«, sagte Capriles dem Sender Globovision. Die nächste Etappe ist, die Wahl offiziell vor den rechtlichen Instanzen anzufechten, auch wenn wir keine Antwort in unserem Sinne erwarten.«

Der konservative Politiker hatte laut der Wahlkommission die Präsidentenwahl am 14. April knapp gegen Nicolás Maduro verloren. Er beharrt jedoch darauf, dass es Unregelmäßigkeiten gegeben habe, und verlangt eine Neuauszählung. Angesichts heftiger Proteste versprach die Wahlkommission, den Wahlgang zu überprüfen. Am Mittwoch warf Capriles der Regierung vor, die Wahl »gestohlen« zu haben. Zugleich setzte er der Wahlkommission eine Frist bis Donnerstag, um mit der Überprüfung zu beginnen.

Die Behörden des Landes haben einen 34-jährigen US-Bürger unter dem Vorwurf der Tätigkeit für einen ausländischen Geheimdienst festgenommen. Der Mann habe versucht, nach der Präsidentenwahl Unruhen zu provozieren, um einen Vorwand für eine ausländische Intervention zu liefern, sagte Innenminister Miguel Rodríguez Torres am Donnerstag. Der Mann war am Mittwoch an einem Flughafen bei Caracas festgenommen worden.

## Europa unter Druck

Island, wo die Finanzkrise begann, wählt ein neues Parlament



Berlin (nd). Als im Frühjahr 2010 der isländische Vulkan Eyjafjallajökull riesige Mengen Asche in die Atmosphäre spuckte, war halb Europa gelähmt. Der Flugverkehr musste in Teilen des Kontinents eingestellt werden, die drastischen Folgen waren überregional spürbar. Es war wie das Sinnbild der europäischen Währungskrise: Auch die nahm 2008 auf Island ihren Anfang, als eine gigantische Hypotheken- und Bankenblase platzte.

Inzwischen hat sich die Insel leidlich von den schlimmsten Krisenfolgen erholt. An diesem Sonnabend wird ein neues Parlament gewählt; alles deutet darauf hin, dass die durchaus nicht erfolglosen rot-grünen Krisenmanager aus der Regierung gejagt werden – nicht zuletzt wegen ihrer EU-freundlichen Linie.

Anderswo brodelt es dagegen noch gewaltig. Griechenland, Portugal, Spanien und Italien ächzen unter aufgezungenen Sparpape-

ten, Regierungen kriseln und stürzen. Frankreichs Präsident Francois Hollande hat mit einer Rekord-Arbeitslosigkeit zu kämpfen.

Unterdessen laufen die Vorbereitungen für erneute Blockupy-Krisenproteste in der Bankenmetropole Frankfurt. Und in der nd-Debatte diskutieren Heiner Flassbeck und Ingo Stützel über die Eignung des Keynesianismus zur Krisenbewältigung.

Seiten 3, 5, W6

Foto: imago/EQ images

Gastkolumne

## Relevante Außenseiter

Von Georg Fülberth

Am 14. April war Gründungsparteitag der »Alternative für Deutschland«, im Mai treffen sich die Piraten. Beider Umfragewerte haben gegenläufige Tendenz. Die Piraten sind ziemlich weit unter die Fünf-Prozent-Grenze gefallen, der sich die »Alternative für Deutschland« mittlerweile nach oben hin nähert. Manche räumen ihr Chancen ein.

Als die Freibeuter zwischen September 2011 und Mai 2012 vier Landtage enterten, legten sich andere Parteien eine digitale Abteilung zu oder begossen ihre Mauerblümchen: versprengte Freaks in ihren Reihen, die bis dahin ohne großen Erfolg darauf hingewiesen hatten, dass die Dritte Industrielle Revolution inzwischen in Alltag und Politik angekommen ist. Das Entgegenkommen war meist Opportunismus, der sich jetzt in der Erleichterung über den Absturz der Neulinge Luft macht.

Angesichts dieser Reaktion müsste man den Piraten ein Comeback wünschen: einerseits elektronische Überwachung durch Staat und Kapital, neue Kriegsbilder mit Cyberwar und Drohen; andererseits die Chancen von Transparenz, digitaler Teilhabe und von Freiheit im Netz – wer diese Themen ausblendet, verdrängt Gefahren und Versprechen der Zukunft. Ob sie sich in traditionellen Parteiformen bearbeiten lassen, ist eine andere Frage. Weil auch die Piraten hierauf noch keine Antwort gefunden haben, schwächeln sie. Vielleicht ist es sogar von Vorteil für sie, wenn sie nicht auf Anhieb in den Bundestag kommen. Fallen Konjunkturritter ab, könnte sich herausstellen, dass es unterhalb der fünf Prozent einen stabilen Kern gibt, mit dem neu angefangen werden kann. Erweiterung um soziale Kompetenz könnte für die Piraten ebenso nützlich sein wie auf der Linken dauerhafte



Georg Fülberth

Der Autor schrieb in dem von Horst Kahrs herausgegebenen Buch »Piratenzauber – über eine Gesellschaft, die Freibeuter hervorbringt«. Papyrossa Verlag Köln 2013. nd-Foto: Sungu

## Unten links

Endlich dürfen Kleinkinder zu ihren Vätern ins Gefängnis, um mit ihnen ein paar Jahre abzusitzen. Das Gesetz für eine ungebrochene Vater-Kind-Beziehung wird zuerst in Rheinland-Pfalz eingeführt. Soziologen zeigen sich erfreut. Sie sind gespannt, wie Kleinkinder auf die für den Vater ungewohnte Umgebung reagieren. Die Kleinen müssen in einer für ihre Entwicklung wichtigen Zeit nicht auf schwedische Gardinenpredigten verzichten. Und Papas, die draußen keine Zeit hatten, sich um die Folgen ihres Tuns für den Nachwuchs zu sorgen, brauchen das jetzt auch nicht zu tun. Zugleich ist ein wichtiger Schritt der Gleichstellung von Straftätern gegenüber Straftäterinnen getan, die ihre Kinder auch überallhin mitnehmen dürfen. Weil man Kindern nichts vorenthalten soll, auch nicht die Delikte ihrer Eltern, lernen sie nun, Buße zu tun. Kein Zufall dürfte es sein, dass gleichzeitig die Arbeitspflicht für Strafgefangene wegfällt. Ihnen wird es so ermöglicht, die Kinder zu schicken. *uka*

www.neues-deutschland.de  
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise  
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



## Kein Recht auf Bestechung

Tatenlosigkeit der Regierung blockiert UN-Konvention gegen Korruption

Von Uwe Kalbe

Abgeordnetenbestechung ist ein Thema mit viel Erregungspotenzial. Kein Wunder, dass es auch am Freitag im Bundestag hoch herging. Die SPD hatte zur Debatte gebeten.

Seit Jahren schon, spätestens seit Deutschland vor zehn Jahren die UN-Konvention gegen Korruption unterzeichnet hat, sorgt das Thema regelmäßig für Streit im Bundestag. Denn bevor die Konvention ratifiziert werden kann, muss sie im Gesetz verankert werden. Und das scheint schwieriger zu sein, als es der Normalbürger sich vorstellen kann. Immer wieder liefern die Debatten nach dem selben Szenario ab, immer wieder scheiterten sie schließlich, fasste Raju Sharma die Debatten zusammen. Ein Antrag der Opposition werde vorgestellt, es folge ein allgemeines Nicken und Zustimmung zum festgestellten Handlungsbedarf sowie ein Zwischenruf von Jörg van Essen. Und das war's dann, konstatierte der Linkspolitiker, begleitet von feixendem Beifall der Opposition vor allem über die

dargestellte unrühmliche Rolle des Parlamentarischen Geschäftsführers der Liberalen.

Diesmal trat van Essen immerhin ans Rednerpult, um seine Bedenken gegen eine gesetzliche Regelung im Allgemeinen und die vorliegenden Anträge hierzu im Besonderen deutlich zu machen. Dass man bisher zu keinem Ergebnis gekommen sei, dafür gebe es gute Gründe, meinte er. Die Kompliziertheit des Problems vor allem und die daraus erwachsende Gefahr, keine verfassungsfeste Regelung hinzukriegen. Sein Koalitionskollege Wolfgang Götzer von der CSU fügte den wahrscheinlich entscheidenden Beweggrund für die Tatenlosigkeit der schwarz-gelben Koalition hinzu: Es gebe gar keinen Handlungsbedarf. Es gebe im Prinzip keine Bestechung von Abgeordneten. »Es sind keine Verdachtsfälle bekannt.« Die Tatenlosigkeit der Regierungskoalition ist für Burkhard Lischka, den SPD-Abgeordneten, peinlich und für Wolfgang Wieland von den Grünen eine Schande. Den Vorwurf, dass es auch der rot-grünen Bundesregierung nicht ge-

lungen war, eine Gesetzesform ohne Fehl und Tadel zu finden, überhörten beide geflissentlich. Beide lobten zugleich, dass es aus den Reihen der Regierungsparteien mit Siegfried Kauder einen Abgeordneten gibt, der nach einstimmigem Widerstand gegen eine Gesetzesregelung inzwischen für eine solche streitet. Um sein »Seelenheil« machte sich Wolfgang Wieland deshalb keine Sorgen, um das von van Essen angeblich schon.

Kauder, der Bruder des Unionsfraktionschefs Volker Kauder, der von van Essen zu-

das wochennd

### REPORTAGE

Integration auf  
Fahrradreifen.....W1

### FORUM

Rückeroberung des öffentlichen Raumes.....W5

### GESCHICHTE

Mit wenig Kapital zum  
»Kapital«.....W7

Aufmerksamkeit für die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Digitalen.

Was für die Piraten die Zukunft ist, ist bei der »Alternative für Deutschland« die Vergangenheit: die gute alte Zeit der D-Mark. Auch sie haben ein wichtiges Thema getroffen: die festgefahrene Euro-Rettungspolitik. Die hat keine Chance, solange sie Symptompfuscherei bleibt und die Ursachen der Krisen nicht angegangen werden: die wachsende Kluft zwischen Produktivität und Binnenwachstum im Norden, Niederkonkurrieren des Südens. Dass Schuldenbremse und Fiskalpakt dies alles noch schlimmer machen, interessiert die »Alternative für Deutschland« allerdings nicht. Ihre Betreiber – oft CDU-Dissidenten – wollen die verfehlten Therapien nicht absetzen, sondern mehr davon.

Es ist eine bürgerliche Partei, die Schwarz-Gelb auf Trab bringen will. Eine superharte deutsche Währung ist schlecht für den Export. Soll dieser Nachteil kompensiert werden, müssen Löhne, Sozialabgaben und Steuern in der Bundesrepublik noch mehr gedrückt werden. Dass dies zu Lasten der arbeitenden Menschen geht, dürfte klar sein.

Hier geht es um eine Durchbruchstrategie mit Risiko: Bleibt die »Alternative für Deutschland« unterhalb der fünf Prozent, könnten die an sie verlorenen Stimmen den Parteien der gegenwärtigen Koalition fehlen. Kommen die feinen Wutbürger in den Bundestag, geht es ab nach rechts.

Piraten und »Alternative für Deutschland« mögen Außenseiter sein, aber sie haben Relevanz: erstere durch ihre Themen, letztere durch ihre taktische Funktion im Parteiensystem.